

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Kraut-Wein“ und „Der Angerechnete“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Litauen 25.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 240

Die gehrigste Preisliste: Kleiner Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Anzeigengebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Briefwechsel 4,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Bekanntmachungen in Wort-Anzeigen: das eingedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Zeitungssprecher: Zentrum 152 30—152 30

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Echo aus England

Das „Sprachrohr des Chauvinismus“

London, 20. Januar.

Zu der Behauptung Poincarés, daß man besorgt sein werde, zu erklären, der Termin für die Räumung des linken Rheinufers habe noch nicht begonnen, wird im Leitartikel des „Daily Chronicle“ betont, dies sei eine Ansicht, die Großbritannien auch nicht für einen Augenblick gelten lassen könne. Am allerwenigsten angeht die sonalene Haltung, die die Berliner Regierung gegenüber dem Friedensvertrage gezeigt habe, seitdem Dr. Wirth an ihre Spitze getreten sei. „Daily Express“ sagt, die Rede Poincarés liege, wie klar ersichtlich sei, der Traum von einer dauernden französischen Macht am Rhein und der der Möglichkeit eines weiteren Einmarsches nach Deutschland. Die Rede Poincarés sei nicht dazu angetan, die Besorgnis in England und in den Vereinigten Staaten wegen der Richtung der französischen Politik zu beseitigen. Poincaré sei gestern, wie es bei dieser Gelegenheit notwendig gewesen sei, das Sprachrohr des französischen Chauvinismus gewesen. Der Teil seiner Rede, der am meisten Besorgnis verursachen werde, sei der, in dem er von der Aufrechterhaltung der Sanktionen, und, wenn nötig, von der Anwendung neuer Sanktionen sprach. Zahlreiche Personen in England befürchteten, daß die Franzosen diesen Beweisgrund nur als eine Entschuldigung anwenden wollten. Vielleicht werde die Zeit Frankreich von dem Wahnsinn des Chauvinismus überzeugen. Diese Zeit sei jedoch noch nicht gekommen. Westminster Gazette“ schreibt, man muß Poincaré dankbar sein für die Schnelligkeit, mit der er die Haltung seiner Regierung klargestellt habe. Der Pariser Berichterstatter des Blattes sagt, Poincaré bleibe sich selbst gleich.

Die „Times“ schreibt, es sei tief zu bedauern, daß Poincaré in seiner Erklärung, die die Zustimmung der Kammer gefunden habe, nicht eine hohe Note angeschlagen habe. Die Bedeutung des großen Vertrauensvotums, das Poincaré erzielt habe, sei, daß es ihm für den Augenblick die Freiheit gebe, seine Politik durchzuführen. Poincaré scheine den englisch-französischen Pakt nicht zur Grundlage seiner internationalen Politik machen zu wollen; darüber müßten die Franzosen jedoch selbst entscheiden, der Pakt sei ihnen angeboten worden. Das Blatt führt weiter aus: Wir können nicht sagen, ob das französische Volk es vorzieht, in dieser unruhigen und gefährlichen Zeit fest auf dem Boden eines engen Nationalismus zu stehen, oder ob es beginnt, die Notwendigkeit einer umfassenderen Vereinigung der Nationen einzusehen. Es ist bemerkenswert, daß Poincaré nicht versucht hat, die Rolle, die Frankreich in Washington gespielt hat, zu verteidigen. Das Blatt schließt, die Welt sei jetzt so in ihren Sorgen innerlich verbunden, daß keine Nation es sich leisten könne, sich in ihrem Hause abzuschließen und nur ihren eigenen engeren Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Der wahre Geist Frankreichs sei so beschaffen, daß, wenn er die Stimme der Welt höre, er Frankreich verlassen werde, sich schnell zu erheben und sich seinen Freunden in dem großen Kampfe um Befreiung von der Not, von der alle noch heimgegriffen werden, an die Seite zu stellen.

Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, es fehle nicht an politischen Ankündigungen, die bereits jetzt von dem baldigen Wiedereintritt des Kabinetts Poincaré sprechen. Poincarés zahlreiche Feinde in der Kammer beschäftigten sich bereits jetzt mit seiner politischen Grabstätte, die nach ihrer Ansicht lauten müßte: Gewogen und zu leicht bestanden!

Pariser Pressestimmen

Paris, 20. Januar.

Zu der Ministererklärung Poincarés in der Kammer schreibt „Ceuvre“ warum sage Poincaré nicht, daß man vielleicht andere Mittel anwenden könnte, um von Deutschland die Reparationen, die es Frankreich schulde, zu erlangen, daß man vielleicht andere Vereinbarungen treffen könnte, um Frankreich rascher und vollkommener zu befriedigen? Nein, davon wolle Poincaré nichts hören. Er habe sein Altkleid, nämlich den Vertrag von Versailles, und darauf stütze er seine Darlegungen. Jetzt müsse man wissen, durch welche Maßnahmen und durch welche Beweismittel die Deutschen geneigt wären, sich übergeben zu lassen. Das werde man bald erfahren, wenn man es nicht schon wisse.

„Populaire“ sagt: Die, die sich einbilden, daß in diesem Augenblick der Aufbau der verwüsteten Gebiete durch einen direkten Druck Frankreichs auf Deutschland sichergestellt werden kann, und nicht durch eine internationale Verständigung und Organisation, verneinen vollkommen die augenblickliche Weltlage und stellen den Wiederaufbau Frankreichs ebenso wie die Befriedigung Europas in Frage.

„Figaro“ führt aus, man sei nicht mehr gewohnt gewesen, daß eine klare Stimme eine deutlich umrissene Politik fest zum Ausdruck bringe. Jetzt habe ein Staatsmann gesprochen, besser noch ein Mann. Seit einigen Jahren habe ein Politiker die Kammer durch Reden beherrscht, und beinahe seien die Richter bereit gewesen, den Wörder zu begnadigen; aber nach dem Anwalt des Angeklagten habe sich jetzt der Anwalt der Zivilpartei erhoben. Er habe Autorität, während der andere nur Kunstgriffe zur Befriedigung gehabt habe. Aber jetzt habe man das Gefühl, daß Frankreich eine seiner würdigen Regierung wiedergefunden habe.

„Libre Parole“ sagt: Das war klar gesprochen. Poincaré hat mit höflicher Festigkeit die Ansichten Frankreichs dargelegt. Das ganze Land denkt wie der Ministerpräsident und diese Einmütigkeit wird — man kann nicht daran zweifeln — der Regierung eine größere Kraft zu den Verhandlungen geben, die sie mit anderen Mächten zu führen hat.

„Radical“ bemerkt: Poincaré habe es verstanden, mit einer Autorität, die sich sofort gezeigt habe, um sein Kabinett eine un-

gehene Mehrheit zu schaffen, die Frankreichs Alliierten und Deutschland beweise, daß in dem grundlegenden Problem, das gestern besprochen wurde, das ganze Land hinter Poincaré stehe.

Kommentar zur Regierungserklärung

Vor der Annahme der Vertrauensstagesordnung Arago ergriff nochmals Poincaré das Wort. Er führte aus: Sie haben mich nicht nach meiner Vergangenheit, sondern nach meinen zukünftigen Handlungen zu beurteilen. Als der Krieg gegen Frankreich erklärt wurde, war mein einziger Wunsch, den Sieg mit dem Belieben aller im Burgfrieden sicherzustellen. Minister aller Parteien wurden berufen, um mit dem Präsidenten der Republik zu arbeiten. Heute würde ich keine Aufgabe übernehmen, die nicht einer nationalen Einigkeit entspränge. Unsere Politik muß den schweren Problemen der Außenpolitik untergeordnet werden. Im Innern verlangen wir, daß die Präzedenz mit Gerechtigkeit ihr Amt verwaltet. (Es wird auf der äußersten Linken gelacht.) Poincaré fragt: Wem gilt dieses Lachen? (Von der äußersten Linken wird gerufen: Dem nationalen Bloch!)

Der Ministerpräsident ging dann dazu über, die ministerielle Erklärung zu kommentieren. Die Regierung habe nur ein Ziel: die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Er habe geglaubt, daß die seit ungefähr zwei Jahren zur Anwendung gebrachte Methode der häufigen Zusammenkünfte, das, was man pomphaft den Obersten Rat nenne, nicht die sicherste Art sei, zur Lösung zu gelangen. Er glaube, daß die Akten studiert werden müßten und daß man vorher auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege Vorbereitung treffen müsse, damit jedes Mißverständnis, jede Improvisation und jede Uebertreibung ausgeschlossen seien. (Beifall in der Mitte.) Er wisse ganz genau, daß die Konferenzen, wie die von Cannes, nicht von der französischen Regierung verlangt worden seien. In der Bescheidenheit der Kabinette müßte die diplomatische Arbeit vollbracht werden und die Konferenzen müßten vielmehr das Abkommen besiegeln als es vorbereiten.

Die Finanzlage Frankreichs erfordere gebieterisch, daß alles, was bezahlt werden könne, bezahlt werde. Aber selbst mit dem drückendsten Budget könne das Defizit nicht gedeckt werden, wenn Frankreich nicht die beträchtlichen Vorschüsse zurückhalte, die es für Deutschland gemacht habe. Poincaré fuhr fort: Jeder Bericht auf unsere Forderung wäre eine Ermütigung dazu, auf neue zu beginnen. (Gänge anhaltender Beifall auf allen Bänken mit Ausnahme der äußersten Linken.) Die Geschichte wird Deutschland unter der Finanzlast Österreichs für den Krieg verantwortlich erklären. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß die Auslieferung der Kriegsschuldigen so bald wie möglich verlangt werden muß. Weiter: sich Deutschland, dann sind im Friedensvertrag Strafmaßnahmen vorgeschrieben.

Was die Reparationen anbetrifft, so konnte die Reparationskommission nur einstimmig eine Entscheidung annehmen, die die Reparationen verbindet, die uns geschuldet werden. Die Reparationskommission hat einen Aufschub bewilligt, aber die Alliierten müssen von Deutschland gewisse Zahlungsgarantien verlangen. Frankreich kam von seinen Forderungen nichts aufgeben; es wird auch den Grundgedanken der Priorität zugunsten seines Verbündeten Belgien aufrechterhalten. Deutschland hat nicht das Recht, die Revision des Friedensvertrages, den es unterzeichnet hat, zu verlangen. Es darf das nicht einmal auf dem Wege um. (Beifall.) In Genoa kann es das nicht tun! Poincaré antwortet: Zwingen Sie mich nicht, auf Einzelheiten einzugehen. (Beifall.) Bland erwidert: Die Tagesordnung der Konferenz, die sorgsam vorbereitet wurde, hat entschieden, daß diese Konferenz eine rein wirtschaftliche und finanzielle sein wird, daß in keinem Augenblick die unterzeichneten Verträge diskutiert werden können und daß die Reparationsfrage nicht auf der Tagesordnung stehen wird.) Poincaré antwortet: Deutschland wird indirekt versuchen, die Frage aufzuwerfen, und deshalb hat der Reichskanzler sagen können, daß Deutschland sein Ziel erreicht habe. Sagen Sie, daß Frankreich und die Alliierten nicht gewillt haben, daß der Friedensvertrag von Versailles in Genoa in Frage gestellt werde; aber sagen Sie nicht, daß Deutschland das nicht gewillt habe! (Beifall.) Bland erwidert: Wir und unsere Alliierten würden alsdann nicht zögern, uns von der Konferenz zurückzuziehen, wenn Deutschland eine solche Haltung einnehmen wollte. — Beifall.) Der sozialistische Abg. Blum: Es ist sicher, daß Deutschland die Frage stellen wird! Poincaré antwortet: Sie haben vollkommen recht, denn ohne dies würde ihm die Konferenz von Genoa zu nichts dienen. Der Abg. Blum präzisiert das, was er vorher gesagt hat, indem er hinzufügt: Wir sind der Ansicht, daß das Reparationsproblem von dem allgemeinen Problem der Wiederaufbau Europas abhängt. Der Abg. Herriot ruft dazwischen und zahlreiche Abgeordnete stimmen ihm zu: Nein! Nein! Der Abg. Blum erwidert: Aber das ist doch der Gedanke, der die Konferenz von Genoa inspiriert hat.

Poincaré fährt fort: Was Rußland anbetrifft, so habe man ebenfalls in Cannes Garantien geschaffen, namentlich was die Anerkennung der Schulden betreffe. Es wäre aber logischer gewesen, wenn die Annahme dieser Bedingungen der Einladung vorausgegangen wäre, aber vor jeder Diskussion müßten sie unmißverständlich angenommen werden. Ueber diesen Punkt werde ich Frankreich im voraus mit seinen Alliierten verständigen. Der Ministerpräsident spricht alsdann von der Angora-Angelegenheit. Wie Blond George sei auch er der Ansicht, daß der französisch-britische Pakt die Krönung der Anstrengungen sein müsse, die von beiden Seiten unternommen würden.

Der Ministerpräsident spricht alsdann von den „militärischen Vorbereitungen“ in Deutschland. Die Sozialisten hätten erklärt, daß ihre französischen Freunde von den deutschen Arbeitern mit Beifall begrüßt wurden; dieselben Arbeiter hätten aber Haubizen verstreut. (Der Abg. Paul Boncour ruft dazwischen: Ohne die deutschen Gewerkschaften hätte General Rollet keine Aufgabe nicht durchführen können!) Poincaré erwidert: Aber in einem Berichte des Generals Rollet finde ich diese Tatsache verzeichnet.

Poincaré

„Sie werden das Ruhrgebiet nicht besetzen und viel früher nach Genoa als nach Berlin gehen; Sie werden dieselbe Politik wie Ihr Vorgänger Briand betreiben, vielleicht mit etwas mehr Steifheit.“ So schloß unser Genosse Alexandre Varenne in der gestrigen Kammerrede seine Rede gegen Poincaré, in der er namens der sozialistischen Partei erklärte: „Wir wollen Sie nicht und wir unterstützen Sie nicht.“

In diesen Worten des sozialistischen Redners, der diesmal auch bei einem Teil der bürgerlichen Demokraten Beifall fand, ist die Lage Frankreichs treffend gekennzeichnet. Poincaré hat in seiner gestrigen Programmrede, wie nachher auch in seiner Antwort an die Interpellanten, scharfe Worte gegen Deutschland gebraucht und alle jene Argumente zusammengetragen, die er in seinen zahlreichen Artikeln gegen die Politik Briands in den letzten Monaten gebraucht hat. Diese Stellungnahme des neuen französischen Ministerpräsidenten war zu erwarten. Nachdem der „Nationale Bloch“ unter tätiger Mitwirkung der französischen Schwerindustrie das Kabinett Briand gestürzt und die Konferenz in Cannes gesprengt hatte, mußte der von ihm eingesetzte neue Regierungschef mit einer Deklaration hervortreten, die alle jene Worte und Gedankengänge enthielt, die seit Jahr und Tag das A und O des französischen Nationalismus bilden.

Wir wollen uns gewiß nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es starke und noch immer einflussreiche Gruppen und Parteien in Frankreich gibt, die an dem nationalsozialistischen Programm Poincarés, an dem Programm der Unversöhnlichkeit, der Gehässigkeit, der wirtschaftlichen Knebelung gegenüber dem besiegten Deutschland festhalten wollen. Genau so wie es unmittelbar bis zum Zusammenbruch große und einflussreiche Schichten in Deutschland gab, die unter der Hypnose der von Helfferich und Konsorten ausgegebenen Parole standen, daß England und die übrigen Entente-Staaten für alle Schäden des Krieges aufkommen würden, gibt es heute noch in Frankreich breite Bevölkerungsschichten, die an das von Clemenceau, Poincaré u. a. gegebene Versprechen glauben, „la boche payera“, der Deutsche wird alles bezahlen. Die Frage ist lediglich, ob die das wollen, auch wirklich können. Nicht nur im Hinblick auf die Leistungsmöglichkeiten Deutschlands, das einfach nicht imstande ist, die Reparationen in dem Umfange aufzubringen, der ihm von den Siegerstaaten auferlegt worden ist, sondern vor allen Dingen im Hinblick auf die ökonomischen Widersprüche des ganzen Reparationsverfahrens, das heute schon zu einer ungeheuren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise geführt und die Finanzlage Europas auf das verhängnisvollste beeinflusst hat.

Der führende Industriestaat Europas, England, hat aus dieser unheilvollen Verwirrung, die in starkem Maße seine eigene Wirtschaft bedroht, bereits die notwendigen Konsequenzen gezogen. Was die Sozialisten schon vor einem Jahre vorausgesagt, und was auf dem ersten Kongreß der Wiener Arbeitsgemeinschaft im Februar vorigen Jahres mit aller Deutlichkeit formuliert wurde, ist jetzt eingetroffen: Die Lahmlegung des Handels, die Krise der Industrie, die zunehmende Arbeitslosigkeit zwingt England, als stärksten kapitalistischen Staat Europas, seine bisherige Haltung in der Reparationsfrage zu ändern und die Parole des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Mittel- und Osteuropas auszugeben. Diesem Standpunkt muß sich auch, wenn auch widerstrebend, Amerika nähern, denn auch die Vereinigten Staaten, die unter der Weltwirtschaftskrise stark zu leiden haben und von der Sorge um die Realisierung der Kriegsschulden geplagt werden, sind außerordentlich daran interessiert, daß die mittel- und osteuropäischen Staaten wieder als Abnehmer auf dem Weltmarkt erscheinen, und daß die Rohstoffquellen Rußlands von dem internationalen Kapital erschlossen werden.

Die mächtigen ökonomischen Interessen der führenden kapitalistischen Staaten führten die Staatsmänner und Diplomaten nach Cannes, wo der bedeutsame Beschluß gefaßt wurde, durch die Einberufung der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genoa eine neue Grundlage für die Regelung der Reparationsfrage und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Europas zu schaffen. Jene Linie der internationalen Politik, die von den angelsächsischen Mächten auf der Konferenz in Washington mit Erfolg beschritten wurde, sollte nun auf europäischem Boden fortgesetzt werden, um die inneren Widersprüche des Kapitalismus zu überwinden, die drohenden sozialen Katastrophen zu verhindern und den Rahmen für eine organisatorische Zusammenfassung der nationalen Imperialismen und Kapitalismen zu schaffen. Hier jedoch trat der rücksichtslose französische Kapitalismus auf den Plan. Geleitet von kurzfristigen nationalsozialistischen Erwägungen und von der Furcht vor der englischen Vorherrschaft, sprengte er die Konferenz in Cannes und ist nun eifrig am Werk, sich durch das neue Kabinett Poincaré seine Bewegungsfreiheit gegenüber Deutschland zu bewahren.

Die Frage ist nun die, ob die rücksichtslos-nationalistischen Tendenzen, die in Frankreich gegenwärtig noch die

Oberhand haben, stark genug sind, sich auch auf internationalen Boden durchzusetzen und die übrigen Mächte der Entente von der in Cannes eingeschlagenen Linie abzuwenden. Die Frage ist zu verneinen. Denn weder England noch die Vereinigten Staaten können diese Politik mitmachen, nicht etwa aus idealistischen, pazifistischen Motiven, sondern einfach deshalb, weil der Zwang der ökonomischen Notwendigkeiten und die wachsende Opposition der Arbeiterklasse sie über Cannes hinweg nach Genua drängen.

Nichts wäre jedoch verkehrter als zu glauben, daß diese Linie der internationalen Politik sich von selbst durchsetzen wird, unabhängig davon, wie sich die politischen Verhältnisse in Frankreich und Deutschland gestalten. Die Entscheidungen der nächsten Monate hängen in hohem Maße davon ab, ob der Kurs Poincaré sich in Frankreich befestigt oder ob die öffentliche Meinung, die schon dem Regierungsantritt Poincarés mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstand, sich in steigendem Maße von der nationalistischen Politik abwendet und Verständnis findet für die ökonomischen Notwendigkeiten der internationalen Politik. Diese Entwicklung jedoch hängt hauptsächlich davon ab, ob die Politik Deutschlands den berechtigten Anforderungen des französischen Volkes entgegenkommt oder umgekehrt so geartet ist, daß sie den Nationalisten und Militaristen Frankreichs in die Hände arbeitet.

Die Regierung Wirth hat sich, im Einklang mit den Forderungen, die von unserer Partei stets auf dem Gebiete der äußeren Politik erhoben wurden, ersichtlich bemüht, jene Verpflichtungen zu erfüllen, die sich als Folge der Verbrechen des kaiserlichen Militarismus und der Kriegsschuld Deutschlands für das deutsche Volk ergeben haben. Sie hat sich ferner, wenn auch mit geringeren Erfolge, bemüht, jene militaristischen und nationalistischen Tendenzen zurückzudrängen, die zur Freude Clemenceaus und Poincarés in Deutschland wirksam sind. Die Früchte dieser einflüchtigeren Politik konnten wir namentlich in den letzten Wochen an jener veränderten Stellung erkennen, die die Regierungen und die öffentliche Meinung der Ententeländer gegenüber Deutschland einnehmen.

Diese Entwicklung steht aber erst in ihren Anfängen. Die Ansätze zu einer für Deutschland günstigeren Einstellung der übrigen Mächte können nur gefördert werden, wenn die deutsche Politik sich endlich fähig erweist, jene finanzpolitischen und steuerlichen Maßnahmen durchzuführen, die mit der Reparationsfrage eng verknüpft sind und ohne deren Verwirklichung der Glaube an den „Erfüllungswillen“ Deutschlands in den anderen Ländern seinen festen Boden finden wird. Jeder Schritt in der Richtung dieser Politik, die nicht nur im Interesse der internationalen Lage Deutschlands, sondern auch im Interesse der großen Masse des arbeitenden Volkes geboten ist, stärkt den Verständigungs- und Versöhnungswillen in den Ententeländern, fördert jene Linie, die aus der Sachlage der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zum Wiederaufbau Europas führt. Jeder Schritt abseits von dieser Politik, jeder Schritt in der Richtung der kapitalistischen und nationalistischen Parteien Deutschlands fördert den Kurs Poincaré, festigt den „nationalen Blod“, hemmt die beginnende oppositionelle Bewegung in Frankreich und muß letzten Endes zur Spengung der Konferenz in Genua führen, an deren Zustandekommen auch die Arbeiterklassen in allen Ländern interessiert sind.

Die für die proletarischen Parteien aus dieser Situation sich ergebenden Pflichten sind klar. Soweit die von der Reparationsfrage direkt betroffenen fünf europäischen Länder in Frage kommen, werden sie auf der von der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu Anfang Februar einberufenen Konferenz Gelegenheit finden, zur Reparationsfrage Stellung zu nehmen und die Energien der internationalen Arbeiterbewegung für ihre Lösung im sozialistischen Sinne zur Auswirkung zu bringen. Soweit die proletarischen Parteien und Organisationen Deutschlands in Frage kommen, werden sie in den bevorstehenden Wochen, die Entscheidungen von weittragender Bedeutung bringen, alles aufbieten müssen, um die außenpolitische Stellung Deutschlands zu befestigen und die Steuerreform so zu verwirklichen, daß die

ungeheuren Lasten des Krieges und der Reparation nicht auf die Schultern der arbeitenden Klassen abgeburdet werden. Nur die größte Aktivität auf diesem Gebiet wird den Kurs Poincaré zu Fall bringen, der bei einer anderen Entwicklung die ganze Zukunft Europas mit schweren Erschütterungen bedroht.

Die Konferenz von Genua

Das Arbeitsamt meldet seine Mitarbeit an

Genä, 19. Januar.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß in seiner heutigen Sitzung, dem Obersten Rat seine Mitarbeit an der Wirtschaftskonferenz von Genua anzubieten. Er beauftragte Albert Thomas, den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, dem Obersten Rat folgende Mitteilungen zu machen:

1. Das Arbeitsamt ist bereit, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und ihr seine Erfahrungen und seine Erhebungen über Arbeiter- und Industriefragen zur Verfügung zu stellen. 2. Der Verwaltungsrat beschließt, um der Konferenz von Genua die wirksamste Mithilfe zu bieten, daß zwei Vertreter der drei Gruppen des Verwaltungsrates, nämlich der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie der Direktor des Arbeitsamtes sich zum Zwecke späterer Mitarbeit der Konferenz zur Verfügung stellen.

Dieser wichtige Beschluß geht, wie die Resolution des Verwaltungsrates näher ausführt, auf eine von der Internationalen Arbeitskonferenz 1921 angenommene Entschließung zurück, wonach eine Konferenz zum Studium der internationalen Lösung der Arbeitslosenfrage einberufen werden sollte. Da die Konferenz von Genua zum größten Teil denselben Zielen dient und der wirtschaftliche Wiederaufbau, den sie anstrebt, die Arbeitslosenfrage einbegreift, hielt der Verwaltungsrat ein Zusammengehen mit der Konferenz für angezeigt.

Die Einladung nach Genua angenommen

Br. Berlin, 20. Januar.

Wie die „Dena“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die deutsche Regierung dem hiesigen italienischen Gesandten ein Schreiben überreicht, in dem mitgeteilt wird, daß sie die Einladung nach Genua annimmt. Die Namen der Delegierten sollen später bekanntgegeben werden.

Die Abstimmung in der Kammer

Paris, 20. Januar.

Nach den Morgensblättern ist die Priorität der Tagesordnung Krato, die während der Sitzung verlesen wurde, nicht mit 472 gegen 107, sondern mit 434 gegen 74 Stimmen bei 74 Enthaltungen ausgesprochen worden. Die Vertrauensstagesordnung selbst wurde mit großer Mehrheit angenommen. Gegen die Priorität der Tagesordnung Krato haben gestimmt: 2 Kommunisten, 82 Sozialisten, 5 Republikanische Sozialisten, darunter auch Henneff, 8 Radikale, 7 Abgeordnete, die keiner Partei angehören. 74 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten, nämlich 12 Republikanische Sozialisten, 33 Radikale, 4 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Linken und Mitglieder der republikanischen und sozialistischen Fraktion, 1 Mitglied der Partei Krato, 3 Mitglieder, die keiner Partei angehören, und schließlich der Kammerpräsident, der die Sitzung leitete.

Keine Kabinettskrise in England

EE. London, 20. Januar.

Houston Chamberlain, der Führer der Unionistenpartei, hielt gestern in Glasgow vor schottischen Unionisten eine Rede, in der er ausführte, Lloyd George habe nach Befragen aller seiner Ministerkollegen den Beschluß gefaßt, das Parlament keinesfalls aufzulösen, ehe nicht die Vorbereitungen zur Einsetzung einer gesetzmäßigen Regierung in Irland beendet seien. Was die Verzögerungen im Wiederauftritt im Unterhause betrifft, so erklärte sich diese einerseits aus der Anwesenheit der englischen Minister in Cannes, andererseits aus dem Zögern der irischen

Unionisten, den Vertrag mit England nicht vor der Rückkehr dieser Minister zu unterzeichnen. Jedenfalls sei das Unterhaus im vollen Einvernehmen zwischen Lloyd George und seinen Kollegen von beiden Parteien vertagt worden. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Liberalen und den konservativen Mitgliedern, von denen Gerüchte in den letzten Tagen zu lagen wuhlen, seien nicht die Ursache der Verzögerung. Zum Schluß verteidigte Chamberlain die Koalition, die seit einiger Zeit zu Unrecht heftigen Kritiken ausgelegt sei.

Das Marineabkommen von Washington

EE. Washington, 19. Januar.

Das Marineabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan ist heute veröffentlicht worden. Es enthält kein klarer Erwähnung der Taisachen, daß der Schiffsraum für die drei genannten Staaten auf der Grundlage der Verhältniszahlen 5:5:3 festgelegt worden wäre. Diese Unterlassung erfolgte, um Japan in den Augen der Welt nicht als eine Macht zweiten Ranges erscheinen zu lassen. In dem späteren Abkommen jedoch in dem die einzelnen Staaten belassene Schiffsraum festgelegt wird, sind genaue Mitteilungen enthalten, aus denen hervorgeht, daß Amerika, England und Japan sich tatsächlich auf dieser Grundlage geeinigt habe. Das Kapitel über die Besetzung im Stillen Ozean ist einwilligen aus dem Vertrage ausgeschaltet geblieben. Es wurde beschlossen, daß die Frage in dem Viermächteabkommen behandelt werden solle, das sich auf die Fragen des Stillen Ozeans bezieht. In neuen Bestimmungen enthält das Marineabkommen außer den bereits bekannten nur noch diejenige, daß die Flugzeuggeschiffe, denen ursprünglich nur 27 000 Tonnen zuerkannt wurden, bis 33 000 Tonnen groß sein dürfen. Ueber die Bewaffnung der Handelsschiffe wird erklärt, daß deren Deck verstärkt werden dürfen, um die Auslieferung von sechs Zolligen Geschützen zu ermöglichen, die im Kriegsfall in Anwendung gebracht werden dürfen. Die ausstehenden Schiffe sind die ursprünglich beschlossenen. Ihre Zerstörung muß innerhalb eines halben Jahres nach Annahme des Abkommens durch die einzelnen Staaten erfolgen und spätestens innerhalb Jahr nach der Ratifikation beendet sein. Die zehnjährige Ruhe im Schiffsbau bleibt aufrecht erhalten.

Die Hungersnot in Rußland

Drenburg, 19. Januar. (Intel.)

Infolge des Hungers und der zunehmenden Kälte stehen fürchtbare Seuchen bevor. Insbesondere droht eine entsetzliche Typhusepidemie. In der kirgisischen Sowjetrepublik hat die Sterblichkeit bedeutend zugenommen, so im Uralster Gouvernement um 34 Prozent. Die Krankenhäuser sind überfüllt. Im Gouvernement Mjabinisk wurden im letzten Halbjahr 34 000 Todesfälle gezählt, von denen 25 Prozent durch die Hungersnot verursacht sind.

Moskau, 16. Januar. (Intel.)

Im Gouvernement Jarlynn gibt es 50 000 Hungernde, das ist etwa die Hälfte der Bevölkerung. Diese ist nun ausschließlich auf Surrogate angewiesen. Gegenwärtig sind nur die gesundheitsgefährlichen Surrogate übriggeblieben. In den Bezirken sterben die Leute zu Hunderten.

Große Ausperrung in Dänemark. Der dänische Arbeitgeberverein spricht in einem Schreiben an die vereinigten Gewerkschaften Dänemarks die Ausperrung der Arbeiter aus. Der Beträge am 1. Februar ablaufen. Die Ausperrung betrifft etwa 20 000 Arbeiter. In Betracht kommen u. a. das Bauwesen, die Eisen- und Holzindustrie, die Textilfabriken, Bleiwerke und Schiffswerften.

Rückgabe der deutschen Botschaft in Washington. Der Verwalter des feindlichen Eigentums in Amerika hat dem deutschen Geschäftsträger das Gebäude der deutschen Botschaft, das im Kriege beschlagnahmt worden war, wieder übergeben.

Die kaiserlichen Mobilisierungskosten. Die „Tromo Bild“ erfährt, wird der Minister für nationale Verteidigung der Nationalversammlung den Details ausweis über die Mobilisierungskosten vorlegen, der eine Gesamtsumme von 233 Millionen 400 000 tschechischer Kronen beträgt.

Der Banknotenumlauf in Oesterreich hat im Laufe der letzten Woche die Höhe von zweihundert Milliarden Kronen erreicht.

Arbeiter-Bücherei

(Erscheint jeden zweiten Freitag)

Der werdende Mensch

Im lehrwichtigen Auftrage des Verfassers hat Martin Buber die wichtigsten Aufsätze Gustav Landauers über Gegenstände des Lebens und des Schicksals vereinigt und herausgegeben unter dem Titel „Der werdende Mensch“ (bei Gustav Kiepenheuer in Potsdam. 80 M.). Das meiste davon war schon gedruckt; irgendwo; verstreut. Ich weiß nicht, ob es große Beachtung gefunden hat. Aber ich erinnere mich, daß jemand gefandt: Landauers Aufsatz über Friedrich Hölderlin in seinen Gedichten lehre uns erst Hölderlin kennen, verstehen.

Und was dieser Eine von diesem 1918 in Berlin gehaltenen Vortrag sagte, das gilt unstrittig von jedem anderen Aufsatz in diesem Nachschlagbande.

Man spürt ganz stark: Gustav Landauer ist (nicht nur: „war“) einer der wenigen Menschen, denen das Geschick es gegeben hatte, Mittler zu sein. Mittler des Wortes, das wir so dankbar gemacht haben, daß es tatsächlich solcher Mittler bedarf, die es uns wieder leben und hören lehren.

Und er war zugleich Dichter. Er wäre es, auch wenn er nichts anderes geschrieben hätte als seine Ansprache an die Dichter, mit der Martin Buber diesen Band ausklingen läßt; ja, wenn er sogar nur diesen einen letzten Satz geschrieben hätte, diesen Satz: „Wir aber brauchen in Wahrheit die immer wiederkehrende Erneuerung, wir brauchen die Bereitschaft zur Erschütterung, wir brauchen den großen Auf der Seelensphäre (d. h. Schuldtilgung) über die Lande weg, wir brauchen die Vollmacht des Gottesmannes Mose, die von Zeiten zu Zeiten das große Jubeljahr ausruft, wir brauchen den Frühling, den Wahn und den Rauch und die Tollheit, wir brauchen — wieder und wieder und wieder — die Revolution, wir brauchen den Dichter!“

Ob Gustav Landauer über Gott und Welt, über die Tarnoska und das Eheproblem, über den Selbstmord Jugendlicher, über Wuppen, über die Titanic schreibt, ob er nationale oder jüdische Fragen behandelt, ob er über Goethe oder Hölderlin über Walt Whitman oder Tolstoi oder Peter Kropotkin, ob er über Martin Buber oder über Strindberg und seine Werte, ob er über Walter Calé oder Georg Kaiser schreibt oder redet — es ist ein gleiches: er ist der Dichter, der das ewige Neugeborenenwerden erlebte und übermittelte, vermittelte, weitermittelte.

Den Aufsatz über Strindbergs Gespensersonate beschließt Landauer mit der Frage: „Aber hat nicht jeder Dichter in immer neuen Formen das Eine, sein Ein und Alles, sein Besonderes zu

jagen gehabt, für das er zum Dichter, zum Leidenden, zum Menschen geworden ist? „Und wenn der Mensch in seiner Qual verstummt, gab mir ein Gott zu sagen, was ich leide.“ Das war Goethe, das war kein Lasso, das war August Strindberg.“

Und das war wohl auch Gustav Landauer.

Man spürt das aus jedem einzelnen seiner Worte. Denn er gehört zu denen, die jedes Wort wiegen und wägen. Seine Sprache ist wundervoll klar, wie eines Dichters Sprache sein soll. Sie ist nicht gekünstelt. Sie ist urtümlich, echt, wahr. Und nur wer solche Sprache sprechen kann, nur der darf es wagen, von den letzten Werten im Leben zu reden.

Wir stehen an einer Zeilenwende. Nicht an einer äußeren, die man nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten abteilt und feiert oder nicht feiert. Wenn nicht alle Zeichen trügen, finden sich immer enger und fester die, denen es ernst ist mit einer unzerstörlichen gemaltigen Revolution; einer Revolution, die ein Neugeborenenwerden, ein Wiedergeborenwerden ist; einer Revolution, die nichts mehr zu tun hat mit Waffengewalt und mit Waffengeklirr, mit Sandfäden, Barrikaden und Drahterhauern; einer Revolution, für die die Besten gestritten haben; einer Revolution, die allein zu erahnen das Leben lohnt und lohnt.

Gustav Landauer war, ist einer von den Verklärern einer solchen Revolution, einer Zeitenwende.

„Der werdende Mensch“ — er ist es, dessen Leben und Wesen aus jedem der Worte Landauers ausleuchtet. Er, Gustav Landauer, und er: jeder von uns, der sich in das Werden unserer Zeit hineinstellt.

Dahinter aber ragt auf: Die werdende Menschheit. Wenn man will, kann man Gustav Landauer ihren Dichter nennen oder — was dasselbe besagt — ihren Schauer und Propheten.

Dah man ihn mordete, bleibt grauame Tatsache. Aber damit mordete man nicht sein Wort. Und dieses Wort beginnt, so scheint es, jetzt erst seine ganze Kraft auszustrahlen.

Es ist schwer, es ist unmöglich zu denken, man könnte Gustav Landauer vergessen, begraben sein lassen. Unter uns, die wir einen neuen Weg gehen wollen, geht auch er mit: dem Menschheits-Werden entgegen.

historischen Seelentum des antiken Menschen, wird hier in manigfaltigen Punkten als Ignorant entlarvt. J. B. nicht die Uhr, wie Spengler meint, fehlte den Älten, sondern die Räderuhr war ihnen unbekannt. Im griechischen Altertum wurden die Toten nicht nur verbrannt, sondern auch beigelegt, womit die Spenglersche Behauptung zusammenbricht, daß kein Zeitgefühl des über den Tod dauernden antiken Menschen befehle. Die entscheidendsten Argumente gegen Spengler sind freilich nicht in diesem knappen Büchlein, sondern in Leonard Nelsons gewaltig-ironischen Buche: Spul vorgebracht worden.

Heilmuth Falkenfeld

Dr. Siegfried Kaminer: Soziologischer Aufbau des Geschichtsunterrichts. Verlag Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin 1921. 40 S. 5 Mark.

Ein Büchlein, das gerade zur rechten Zeit erschienen ist. Soll die Vergangenheit Lehrmeisterin für die Zukunft werden, Quelle der Erkenntnis für die Gegenwart, soll der Geschichtsunterricht der Einführung der jugendlichen Persönlichkeit in die Lebensgemeinschaft des eigenen Volkes und der ganzen Welt dienen, so muß mit der alten Tradition des Heroenkultus und der Massenverachtung in diesem Lehrfache entschieden und gründlich aufgeräumt werden. Oft wird das Verständnis und wohl noch öfter der gute Wille zu solch einer ganz anderen Einstellung des Lehrenden zu dem zu behandelnden Lehrstoff fehlen. Doch dort, wo Verständnis und guter Wille vorhanden sein werden, dürfte das Büchlein gute Dienste leisten. Das Lehrere ist auch dem Schüler, der selbständig, trotz Lehrer und Schule, seinen Weg durch das scheinbare Wirrwirr der Weltgeschichte wird finden wollen. Der junge Arbeiter insbesondere wird hier in seinem Bedürfnis, sein historisches Wissen zu bereichern, tieferes Verständnis der gegenwärtigen Gesellschaft zu gewinnen und so sich neues Rüstzeug für den Kampf um seine bessere Zukunft zu sammeln, wertvolle Fingerzeige erhalten. Kaminer will den eigentlichen Geschichtsunterricht erst vom 14. Jahre begonnen sehen. Ebenfalls verlangt er die Beschränkung auf die letzten 400—500 Jahre und die Beschränkung auf eine undogmatische Methode. Bis zum 14. Lebensjahre sollen Bilder aus Märchen, Sagen und Geschichte die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft veranschaulichen, geführt durch die innere Struktur der Arbeitsgemeinschaft der zukünftigen Schule. Die theoretische und soziologische Schulung soll an der Hand historischer, jedoch in erster Linie soziologischer Dichtungen und einschlägiger Geschichtswerke vor sich gehen. So wird sich der Lernende allmählich in das Leben der gegebenen Epoche hineinfinden können. Die wissenschaftliche Prüfung und Vertiefung ist dann die letzte Stufe des Eindringens in die Vergangenheit. Was das Büchlein für den Lehrenden und Lernenden besonders wertvoll macht ist die Fülle der Angaben von Lesenswerten Dichtungen und Geschichtswerken, die nach verschiedenen Zeitabschnitten der Weltgeschichte geordnet sind. Besonders lehrreich ist die vorgeführte Analyse von Jacobins „Franz Maria Grubbe“. Es ist geradezu staunenswert, wieviel Lehrreiches zum Verständnis der geschichtlichen Zeit die Dichtung bei sachgemäßer Ausbeutung bietet. Das Büchlein gehört jedenfalls in Arbeiter- und besonders Jugendbibliotheken.

L. R.

Aus der vornehmen Gesellschaft

Für den Mörderberuf besonders geeignet

Vor dem Schwurgericht in Görlitz findet gegenwärtig ein Prozeß statt, der ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in gewissen hocharistokratischen Kreisen wirft. Angeklagt ist der Graf Hans Heinrich von Schlieffen und seine Mutter, die Gräfin Eleonore von Schlieffen. Die Anklage lautet auf Anstiftung zum Mord an den Majoratsbesitzer Georg Wilhelm von Schlieffen auf Schlieffenberg bei Gütstrow in Mecklenburg. Mitangeklagt sind die Gesellschafterin der gräflichen Familie, Fräulein Rupp, der Gemüsehändler Köffel aus Görlitz und der angehende Student Stenischke aus Posen, die der wissenschaftlichen Hilfeleistung beschuldigt werden.

Der Tatbestand ist folgender: Graf Hans Heinrich Schlieffen ein noch junger Mann, lebte mit seiner Mutter, der Gräfin Eleonore von Schlieffen, zusammen. Die Familie befand sich in Geldschwierigkeiten und lebte in verschiedenen deutschen Städten durch Pump und allerhand geschäftliche Manipulationen auf großem Fuße. Im August 1920 ließen sich Mutter und Sohn in Schönberg bei Görlitz nieder. Sie kauften dort ein Anwesen mit einem Mühlenbetrieb, gerieten aber immer mehr in finanzielle Bedrängnis, so daß sie ihre Schmuckgegenstände veräußern mußten. Der Stammbesitzer des Hauses, Georg Wilhelm von Schlieffen, gewährte nur ganz geringfügige Unterstützung. In dieser Bedrängnis sahen Mutter und Sohn den Plan, den Majoratsbesitzer ermorden zu lassen, um in den Besitz seines Vermögens zu gelangen. Es wurde zu diesem Zwecke der Gemüsehändler Köffel aus Görlitz gebunden, der die Tat ausführen sollte, dafür im Voraus Schmuckgegenstände und etwa 30 000 M. in bar ausgehändigt bekam und dem nach Gelingen der Tat eine weitere Belohnung von 500 000 M. in Aussicht gestellt worden war.

Köffel hat mit dem jungen Grafen Schlieffen Handelsgeheimnisse ausgeführt und auf diese Weise seine Bekanntschaft gemacht. Er rühmte sich dem Grafen gegenüber, daß er während der revolutionären Kämpfe in Berlin bei den Regierungstruppen in Spandau mitgekämpft habe und auch an der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beteiligt gewesen zu sein. Der junge Graf hielt ihn auf Grund dieser Angaben für die Ausführung des Mordplanes „besonders geeignet“. Aus dem Lebenslauf des mitterwöchentlichen Stenischke ist erwähnenswert, daß dieser nach allerlei Verbrechen, Betrügereien und Fälschungen im Sommer 1919 bei dem berühmten Freikorps Aulock in Breslau landete, weil er, nach seiner Aussage vor Gericht, glaubte, dort „die geeigneten Kreise zu finden“. Der Majoratsbesitzer Wilhelm Schlieffen bekam von den Mordplänen schließlich Wind, er stellte einige Detektive an, denen es gelang, den Mord dadurch zu verhindern, daß Köffel und Stenischke vor der Ausführung der Tat verhaftet werden konnten.

Der Prozeß ist kriminalistisch nicht uninteressant. Uns interessiert daran hier in erster Linie die politische Seite, nämlich die Tatsache, daß so nebenbei wieder einmal vor Gericht festgestellt wird, aus welchen verkommenen Elementen sich in erster Linie jene Truppen zusammensetzten, mit denen Koste und seine monarchistischen Offiziere die revolutionäre Erhebung niederstarkten und in Blut erstickten. Normalerweise wird ein Mörder in der Regel von den übrigen Menschen verabscheut. Für den Grafen von Schlieffen war es hingegen ein Vorzug, daß der von ihm gedungene Helfer Köffel sich rühmen konnte, bereits einen Mord mit ausgeführt zu haben.

Ebenso ausschlussreich ist für die Geschichte die weitere Feststellung, daß der Hochstapler und Betrüger Stenischke nach seinen Verbrechen und Abenteuer sich mit ungestümmter Sehnsucht zu dem Freikorps Aulock hingezogen fühlte, weil er dort — „eine Kreuze fand“.

Ladenhüter aus Moskau

In der „Roten Fahne“ wurde am Mittwoch morgen ein Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Zentralausschuß der R. P. D. veröffentlicht, der zum besseren Verständnis für die breiten Massen des Proletariats so lang gehalten war, daß er vier volle enggedruckte Spalten füllte. Es lohnt sich nicht, auf den Inhalt dieses Schreibens näher einzugehen, denn was von Moskau aus in Briefen, Kustrufen und Sendeschreiben den deutschen Arbeitern zur Lesüre vorgelesen wird, ist

Gemeinschaftskultur

So nennt Dr. Siegfried Restriepke eine Schriftenreihe, die er im Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Wittelsbach), Stuttgart, herausbringt. Die Bändchen sind sauber und hübsch gemacht und kosten bei einem Umfang von ungefähr 60 bis 80 Seiten zwischen 5.— und 10.— Mark. Das erste Heft heißt „Ohne Planwirtschaft kein Aufbau!“. Hier treten Rudolf Wissell und Alfred Striemer mit ihrer Planwirtschaftsphantasie von neuem vor die Öffentlichkeit. Wir haben dieses Thema in unserem Blatte schon oft und recht eingehend behandelt. Das Erscheinen des Heftes kann uns daher keinen Anlaß zu einer erneuten gründlichen Auseinandersetzung mit den beiden Verfassern (und Erfindern) geben. Wir wünschen nur, daß diese Kämpfer gegen allerlei „Doktrinen“ in manchen anderen Dingen ebenso festhalten, wie an ihrer Planwirtschafts-Illusion. Sie bauen ein hübsches Systemchen, aber sie bauen auf schlechtem Grund: auf Ahnungslosigkeit. Blind durch die Liebe zu ihrem System, übersehen sie immer wieder, daß die kapitalistische Ordnung — deren Grundelement (Privatbesitz an den Produktionsmitteln) sie bestehen lassen wollen — von ihren eigenen inneren Gesetzen regiert wird. Diese lassen sich nicht aufheben und in ihrem Bewegungstanz auch nicht beengen durch willkürliche Planwirtschaftsstrukturen, die wohl sozialistischen Vorstellungen entnommen sind, den Kern des sozialistischen Zieles indes nicht treffen, ja bewußt umgehen: eben die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Selbst wenn sich die kapitalistische Ordnung die Aufspaltung eines solchen Ueberwachungsapparates, das die bewährte dieses System nicht in der Lage, die sozialen Wirkungen des Kapitalismus aufzuheben oder abzuschwächen. Alles was wir gegenwärtig in wirtschaftlicher Hinsicht tun, müssen wir schon aus der Gefährlichkeit des Kapitalismus selbst entwickeln — allerdings, um ihn zu überwinden, aber auf dem natürlichen Wege, den die Entwicklung des Kapitalismus uns vorschreibt, nicht auf künstlichen Umwegen. Sehr lebhaft erinnert diese Darlegung des Planwirtschafts-Systems uns wieder an eine andere illusionäre Konstruktion, die in der Arbeiterbewegung der jüngsten Zeit einmal eine Rolle gespielt hat: nämlich an das nette Rästelöcher-Spiel, das — ob mit Recht oder Unrecht, wissen wir nicht — einem gewissen Richard Müller zugeschrieben wurde, dessen Verlor sich ältere Genossen noch dunkel erinnern werden. Beide Systeme haben die Ähnlichkeit miteinander, nur daß das eine in seiner ursprünglichen Form längst vergessen ist, während das andere eben wieder neu ausdrücklich entgegentritt. Sehr nützlich ist das Büchlein von Wissell und Striemer jedoch für den, der sich schnell über das Wesen der Planwirtschafts-Idee informieren will. Da das Erscheinen des Buches zeigt, daß diese Idee noch nicht ganz tot ist, muß man ein solches Mittel zur leichten Infor-

ein derartig kunterbantes Durcheinander, daß es nicht einmal mehr von den treuesten Moskauer Parteigängern gelesen, geschweige denn, verstanden wird. Nur zwei Punkte verdienen hervorgehoben zu werden. Zur Heilung der Krise in der Partei wird folgendes Radikalmittel angeordnet:

„Die Brak, Malzahn, Friesland, Wegmann und Konsorten, die sich offen auf die Seite der R. P. D. gestellt haben, haben damit einen klaren Beschluß des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale, der jede politische Beziehung zu Leui verboten hat, mit Füßen getreten. Die Partei darf sie keinen Tag länger in ihren Reihen dulden.“

Also: wer nicht pariert, der fliegt! Die Berliner Organisation der R. P. D. hat, wie wir hören, dem Befehl Moskaus sofort Folge geleistet und Malzahn, Friesland und andere Opponenten ausgeschloffen. In den nächsten Tagen soll der Zentralausschuß das endgültige Reklamieren vollziehen. So ist die R. P. D. bestrebt, langsam zu einem absterbenden Kadaver zu werden. Wer irgendwas noch selbständig denken kann und eigene Ideen zu produzieren versucht, ist unwürdig, kommunistischer Führer zu sein.

Nachdem solchermaßen über die Gruppe Veri der Stadt gebrochen worden ist, kommen in dem Schreiben die guten Ratsschläge zur Befriedung der Partei. Wir finden da u. a. folgende Offenbarung:

„Wenn die christlichen Arbeiter sich mit dem übrigen Proletariat in Klassenkämpfen zusammenschließen, so liegen keine prinzipiellen Gründe vor, ihre Vertreter aus einer Arbeiterregierung auszuschließen, in der Vertreter der freien Gewerkschaften sitzen würden, die sich jetzt in ihrer arbeitgemeinschaftlichen Praxis kaum von ihnen unterscheiden.“

Als während des Rapp-Putschs von unabhängiger Seite die Bildung einer Arbeiterregierung erwogen wurde, schrieben die Kommunisten Zeter und Mordio, weil der Gedanke auftauchte, gegebenenfalls auch Vertreter christlicher und kirchlicher Gewerkschaften zu dieser Regierung heranzuziehen, um ihr einen tragfähigeren Boden zu geben. Was damals „nackter Verrat an der Revolution“ war, wird heute als kommunistisches Ziel propagiert. So laufen die Kommunisten regelmäßig den Ereignissen hinterdrein. Sie kommen immer erst dann zur Erkenntnis des Notwendigen, wenn die Situation längst verpaid ist. Und das alles, weil sie selbständige politische Ideen nicht entwickeln können, etwaige Versuche dazu in ihren eigenen Reihen unterbinden und als Erbjah für das fehlende oder ausgefallene politische Denken alle Padenhüter aus Moskau beziehen.

Chronik der Austritte und Hinauswürfe

Die „Rote Fahne“ muß mitteilen, daß Fritz Geier, der Vater von Curt Geier, aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten ist. Er hat offenbar nicht warten wollen, bis man den ihm und seinen Gefinnungsgenossen angedrohten Hinauswurf vollzog.

Wir hören aus dem Blatte weiter, daß die Opposition „sich wieder“ unterchristen jamme, und zwar zu einem Brief an den Zentralausschuß. Die „Rote Fahne“ legt dazu, daß das nicht anders gemeint sein kann, als den Bruch mit der Gesamtpartei herbeizuführen. Wer noch weitere Unterchristen jamme oder Protestbriefe unterschreibe, der fliege unweigerlich hinaus.

Werner Schölem dagegen braucht weder aus der Partei auszutreten, noch hat er den Hinauswurf zu fürchten. Zu aller Erstaunen war er gestern wieder im preussischen Landtag erschienen, trotzdem bereits offiziell bekanntgeworden war, daß er sein Mandat niedergelegt habe und jemand anders an seine Stelle gerückt sei. Die Sache verhält sich so, daß zur rechten Zeit noch die Niederlegungserklärung zurückgezogen werden konnte. Nun erweist sich Schölem für 150 000 Mark Kaution der goldenen Freiheit, die kommunistischen Arbeiter aber, die „mit der Waffe in der Hand“ den Parolen ihrer Führer folgten, dürfen in den Gefängnissen und Zuchthäusern mit dem Hungerstreik um ihre Befreiung kämpfen.

Kongreß der italienischen Konsumvereine. Vom 21. bis 28. Januar findet in Mailand der 9. Kongreß des Verbandes der italienischen Konsumvereine statt, an dem auch Abordnungen zahlreicher ausländischer Konsumvereine teilnehmen werden. Der Kongreß wird sich vor allem mit dem Kreditproblem und den Beziehungen zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund beschäftigen.

Bernard Shaw als Parlamentskandidat der Arbeiterpartei. Bernard Shaw hat erklärt, daß er wahrscheinlich bei den Neuwahlen für das englische Parlament kandidieren werde und zwar als Kandidat der Labour Party für die Umgebung von Edinburgh.

mation immerhin zur Hand haben. Sehr bedenklich ist es aber, daß die Betriebsrätezeitung des A. D. G. B. und des Ufa-Bundes ganz unter dem Einfluß der Urheber dieser Ideen steht.

Das zweite Heft der Sammlung ist Anna Siemjens: Erziehung im Gemeinschaftsgeist. Wir haben dieses Büchlein bereits vor einiger Zeit in einem Leitartikel besprochen und empfohlen.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volkswirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Württemberg, 256 Seiten. Taschenformat. Gebunden 15 M.

Dieses handliche Taschenbuch wird sich durch seinen reichen Inhalt, der sehr übersichtlich angeordnet ist, zweifellos viele Freunde erwerben. Von den im Buche bearbeiteten Fragen nennen wir nur folgende: Die Neuverteilung der Erde. Die Bedeutung der deutschen Gebietsverluste. Was erhielt und was beansprucht die Entente? Der Reichshaushalt für 1921. Die deutsche Steuerlast. Das deutsche Kapital 1920/21. Die Auswanderungsfrage. Die Wohnungsfrage. Der deutsche Währungsstand. Die wichtigsten Reichs- und Landesbehörden. Wer spricht Recht und wofür? ABC des bürgerlichen Rechts. ABC des Arbeitsrechts. Tarifvertrag. ABC der sozialen Fürsorge. Änderungen der Reichsversicherungsordnung. Lohnsteuer. Einkommensteuerermäßigung bei Kleinwohnungsbaue. Mietrecht. Mietzins und Wohnungsnotrecht. Erwerbslosenfürsorge. Arbeitslosenfürsorge. Postalfische Wirtse. Eisenbahnwesen. Defizit der Verkehrsverwaltung. Maße und Gewichte. Arbeitnehmerverbände. Streiks und Aussperrungen. Deutsche Industriezweige. Vertikale und horizontale Gliederung. Der Fabrikbetrieb. Bilanzwesen. Taylorismus. Geldwesen. Banken und Bankgeschäfte. Börse und Börsengeschäfte. Handelsteil der Tagespresse. Kurztitel.

Es auch in diesem Büchlein nicht alles enthalten — es fehlen z. B. die Feuerungsstellen, Angaben über Löhne im In- und Auslande und andere für den Gewerkschaftskampf unerlässliche Angaben — so scheint es uns doch den gelungenen Versuch zu machen, das gewaltige Gebiet in einem Bändchen zu meistern. Wir können es deshalb Funktionären durchaus empfehlen.

Beachtenswerte Neuerscheinungen

Marcel Ribes: Der große französische Eisenbahnerstreik im Mai 1920. 2. Aufl. 2. Aufl. Herausgegeben von der Internationalen Transportarbeiter-Organisation, Leipzig. 157 Seiten. 12 M.

H. W. Bauer: Die deutsche Wirtschaft im Lichte der internationalen Kritik. Leipzig, Friede und Recht, Buchverlag bei Stuttgart.

Emma Kreuzlich: Die Frau in der internationalen Genossenschaftsbewegung. Mit Beiträgen von Emma Kreuzlich, Dora Stäubing, Bruno Hübner, Dora Jansen. Verlag Sozialistischer Genossenschaft, Gera. 1921. 120 Seiten. 12 M.

Carl Heilmann: Die nationale Sozialistische Bewegung. 1. Aufl. Buchverlag Friede und Recht, Leipzig. 1921. 120 Seiten. 12 M.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland. 1. Aufl. 120 Seiten. 12 M. Druck und Verlag von Alexander Schild & Co., Stuttgart.

Der Sonntagsverkehr der Straßenbahn

Erhöhte Tarife zu erwarten

Die Meldung, daß die Straßenbahn wegen Unrentabilität den Sonntagsverkehr einzustellen beabsichtige, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Es handelt sich bei dem Ursprung der Meldung um die Verhandlungen, die gegenwärtig wegen der Neuorganisation eines Manteltarifs zwischen der Stadt und den Organisationen der hiesigen Arbeiter (Schweiden). Der Magistrat will ganz allgemein, also nicht nur bei den Straßenbahnen, die erhöhten Sätze für den Sonntagsdienst freilassen, weil die Arbeiter für den Sonntagsdienst einen freien Wochentag erhalten. Die Arbeiter haben aber dieses Verlangen des Magistrats abgelehnt. Es ist kaum anzunehmen, daß es zu einer Einigung kommt, und voraussichtlich wird der Schlichtungsausschuß angezogen werden und einen Schiedsspruch fällen. Wie dieser ausfällt, läßt sich natürlich gar nicht voraussagen. Sicherlich aber wird er auch die Frage der Sonntagsbezahlung der Arbeiter regeln.

Der Magistrat versichert aber, daß selbst wenn ein Schiedsspruch erfolgen sollte, der die Beibehaltung der besonderen Bezahlung der Sonntagsarbeit vorsehe, man auch noch nicht einer Dienst-einstellung des Sonntags- und Feiertagsverkehrs auf der Straßenbahn zustimmen würde, selbst wenn der Verwaltungsrat sie fordern sollte. In diesem Falle würde nur zu erwägen sein, ob für die Sonntage und die Feiertage erhöhte Tarife bei der Straßenbahn eingeführt werden sollen.

Der neue Volkspark an der Panke

Für die Vororte Pantow, Niederschönhausen und Umgegend soll nunmehr nach einem Beschluß des Berliner Magistrats ein Volkspark an der Panke hinter dem prächtigen Bürgerpark nach den Plänen des Gartenbauinspektors Broderzen angelegt werden. Zu diesem Zweck wird die Schönholzer Heide umgewandelt. Alle Birken- und Kieferngruppen bleiben erhalten und werden in die gärtnerischen Anlagen einbezogen. Vorgezogen sind moderne Turnplätze für Sport und Spiele und dergleichen, ferner Sonnenbäder und Strandbäder an der lieblichen Panke von 4500 Quadratmeter Größe, eine Spielwiese von 12 000 Quadratmeter Größe. Etwas wird es nicht möglich sein, eine Planschwiese einzurichten, da die in der Nähe liegenden Kellereien sonst ständig unter Wasserzulauf zu leiden hätten. Unter Hinzuziehung des durch seine prächtigen Anlagen und Baumbestände lebenswerten Bürgerparks soll eine Anlage entstehen, die sich den schönsten Berlins zur Seite stellen kann. Die Kosten werden verhältnismäßig gering sein, weil es sich nur um eine Umwandlung und keine Neuschöpfung, die recht kostspielig sein würde, handelt.

Zurück nach Berlin

Der neue Eisenbahntarif und die Siedler.

Die Siedler und Laubentkolonisten stehen vor einer Katastrophe. Im Vertrauen auf die früheren Versprechungen von gemäßigten Tarifen der Straßenbahnen, Vorortbahnen usw. haben Tausende von arbeitssamen Familien in der weiten Umgebung von Berlin sich niedergelassen und Land und Gärten gepachtet. Durch das Versprechen von Ausnahmetarifen, Familien- und Reduktions und dergl. wurden sie verlockt, hinauszuwandern und in der freien Zeit sich der Gärtnerei zu widmen. Das hat nun aufgehört.

Welche Familie ist heute noch in der Lage, neben der Nacht auch Tagelohn für Fahrgeld zu opfern? Während man früher für eine fünfspitzige Familie an Fahrgeld innerhalb Berlins und auf eine Entfernung von 20 Kilometern mit etwa 1,50 Mark auskam, reichen heute schon 20 Mark für eine Fahrt und 40 Mark für Hin- und Rückfahrt nicht mehr. Vom 1. n. M. ab werden sich die Fahrpreise abermals erhöhen, so daß eine fünfspitzige Familie mit einer Ausgabe von mehr als 60 M. für Straßenbahn und im Vorortverkehr zur Hin- und Rückfahrt rechnen muß. Dies ist eine Ausgabe von jährlich über 3000 Mark bei nur 50 Fahrten im Jahr. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Siedler, Laubentkolonisten und Gartenpächter diese Mehrausgaben erdulden können. Auch die übrigen Ausgaben für Garten-geräte, Saatgut, Pflanz, Dünger, Pflanzen usw. haben sich mit den Einbrüchen und Diebstählen vermehrt, daß über- all, wohin man auch hört, schon a baebaut wird.

Die Parole: Zurück nach Berlin, beginnt schon zu wirken. — Keine Ausflüchte!

Bestätigung der neugewählten Stadträte. Der Oberpräsident hat die neugewählten und unbesoldeten Stadträte des Berliner Magistrats, die Stadtverordneten Regierungsrat Dr. Richter (Anat.) und Direktor Busch (D. Sp.) sowie den früheren Stadtverordneten, hiesigen Werkbuchhalter Hermann Leh (R. P. D.) und Rechtsanwält Dr. Treitel (S. P. D.) bestätigt. Die Einführung der Bestätigten in ihr Amt kann in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden. Die für die Bezirksämter wiedergewählten unbesoldeten Stadträte sollen ohne weiteres bestätigt werden.

Raubüberfall. Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern nachmittag in der Kochstraße verübt. In dem Hause Nr. 8 wurde die Ehefrau Siebert überfallen und geknebelt. Die Frau war allein in der Wohnung. Als es klingelte, öffnete die Frau, zugleich schob sich aber ein junger Mann in die Wohnung und ließ über die ahnungslose Frau her. Frau Siebert hatte aber noch so viel Kraft, um laut um Hilfe zu rufen, worauf der Täter die Flucht ergriff. Als der Ehemann später heimkehrte, fand er die Wohnungstür nur angelehnt und seine Frau in der Wohnung hilflos liegen. Er besetzte sie sofort und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Der Täter hatte sein Opfer mit einer Wäscheleine geknebelt. Die Kriminalpolizei ist eifrig bemüht, die Spuren zu verfolgen.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Landsberg verurteilte den 31-jährigen Richard Beske aus Rangin wegen schweren Raubmordes zum Tode und wegen versuchten schweren Mordes und Raubes in zwei Fällen zu 10 Jahren Zuchthaus. Beske gehörte zu jenen Tätern, die Gutsäuser aus Berlin in die Gegend von Landsberg in verbrecherischer Absicht lockten. Im August 1920 hatte er den Kreisbeschädigten Schäfer aus Berlin ermordet. Bei dem Kaufmann Donnerstag und dem Kroschwagenführer Ulrich aus Berlin mißlang das geplante Verbrechen.

Ein Opfer des Spieltisches. Der Bureaugehilfe Gerh. Miz hat während seiner Tätigkeit bei dem Notstandsbetrieb in Adlershof Unterschlagungen begangen, deren Höhe sich auf einige 4000 M. belaufen soll. Miz ist gekündigt. Etwa 500 M. konnten beschlagnahmt werden. Das Geld will M. verspielt haben. Anzeige ist erstattet und M. entlassen worden.

Volkshöhle C. B. Der am Sonnabend angelegte Vortrag von Dr. Schardt im Kunstgewerbemuseum muß einer dringenden Verhinderung des Vortrags wegen auf den 1. Februar verschoben werden.

Aktion Gartenbesitzer! Am Sonntag, den 22. Januar, findet in der Schule zu Bohnsdorf von 2—6 Uhr eine vom Gartenbauverein Bohnsdorf C. B. veranstaltete Schädling-Ausstellung statt. Um 4 Uhr Vortrag. Eintritt 1,50 M.

Vorausschickliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag abend. Zeitweise heiteres, jedoch überwiegend nobliges Frostwetter mit frühen kalten Winden. Keine erheblichen Nebel- schläge.

Moskauer „Einheitsfront“

Die Zerstörer an der Arbeit

Die russischen Diktatoren versuchen es, da sich die „Zerstückelung“ und die „21 Bedingungen“ nicht bewährten, einmal mit etwas anderem. Das neue Mittel, das die Leiden der Menschheit heilen und vor allen Dingen die Arbeiter aus ihrem Elend erretten soll, ist die sogenannte neuentdeckte und mit einer neuen Seite versehene „Einheitsfront“. Die Herrin der sogenannten „Roten“ Gewerkschaftsinternationale weiß natürlich nichts davon, daß diese „Einheitsfront“ schon seit einigen Jahren besteht. Diese „Einheitsfront“ hat bis jetzt auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und der Hilfe für die Arbeiterklasse mehr geleistet als die „Rote“ Internationale. Diese „Einheitsfront“ hat sich in den letzten Jahren als eine Macht gegenüber der Reaktion erweisen. Diese Macht wird selbst von den Großmächten der Welt — die russische natürlich ausgenommen — anerkannt und respektiert. Diese „Einheitsfront“ ist die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, gegen die gerade die russischen Diktatoren so scharf zu Felde ziehen.

Es ist allerdings sehr peinlich für die Moskauer Herrschaften, daß sie sich zu viel in die Karten sehen lassen und ihre Heuchelei so schlecht zu maskieren versuchen, daß sie sofort erkennbar ist. Der neueste Fall, den Genosse Oudegeest, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, darstellt, ist dafür sehr lehrreich. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

Bekanntlich war für den 24. Dezember 1921 in Frankreich ein Kongreß der kommunistischen Minderheit anberaumt, durch den der französische Gewerkschaftsbund (Confédération Générale du Travail) zerstückelt werden sollte. Am 16. Dezember erhielt unser Bureau ein Telegramm, das wir in unserem Pressebericht Nr. 84 veröffentlicht haben und das von Herrn Losowsky unterzeichnet war. Am 21. Dezember sandten wir eine Antwort ab, die in dem gleichen Pressebericht publiziert wurde. Nach der Abendung dieser Antwort erhielten wir den Text von Losowskys Telegramm noch einmal in einem eingeschriebenen Brief, welcher bereits am 8. Dezember in Moskau abgeschickt worden war. Es geht also hervor, daß sich Herr Losowsky und seine Trabanten bereits anfangs Dezember über die der französischen Gewerkschaftsbewegung drohende Gefahr klar waren und uns deshalb bitten, im Laufe des Monats Januar eine Konferenz abzuhalten. Wenn sie in der Tat die geplante Zerstückelung der Einheit in Frankreich so fürchten, so wäre es ihnen natürlich nicht schwer gefallen, schon zu Beginn des Monats Dezember ihre französischen Genossen zu ersuchen, den für die Spaltung entscheidenden Kongreß nicht abzuhalten. Das taten jedoch die Herren nicht. Hingegen sandten sie uns ein Telegramm, in welchem sie uns ersuchten, nach diesem Spaltungskongreß eine Zusammenkunft abzuhalten und dann ruhig über die für Frankreich notwendige Einheit zu plaudern. Man sieht also, welche Affenleide unsere moskowitzischen Freunde für die Einheit unter den Arbeitern empfinden. Alles für die „Einheitsfront“!

Noch besser aber wird der Fall durch den Umstand charakterisiert, daß zur gleichen Zeit, als Losowsky sich mit dem Gesuch einer gemeinsamen Besprechung mit ihm und seinen Gefährten an uns wandte, er einen Artikel veröffentlichte, welcher direkt gegen uns und gegen die Einheit gerichtet ist. Im „Kommunistischen Gewerkschafter“, dem offiziellen, in Deutschland erscheinenden Organ der „Roten“ Gewerkschaftsinternationale, veröffentlichte er in der Nummer vom 10. Dezember, also ungefähr gleichzeitig mit der Aufforderung an uns gerichteten Gesuch um eine Beratungskonferenz, einen Artikel, betitelt „Die Rote Gewerkschaftsinternationale an die französische Arbeiter!“. Dieser Artikel enthält die üblichen Schmähungen an die Adresse unserer Freunde Souhaig, Dumoulin, Kerrheim usw., ferner die üblichen Verdächtigungen, daß diese für die Bourgeoisie arbeiten und daß sie es sind, die die Einheit zerstören wollen, während sich doch jeder über die Geduld und Duldsamkeit wundern müßte, welche unsere französischen Freunde gegenüber der von den kommunistischen Quertreibern geführten schmutzigen Kampagne an den Tag legten. In dem Artikel wird die gleiche Sprache geführt, welche schon seit ein paar Jahren an der Tagesordnung ist und die uns veranlaßte, Sinowjew zu schreiben, daß es sehr schwierig ist, mit Deuten zu verkehren, die noch nicht gelernt hätten, mit anständigen Menschen umzugehen. Der Schluß des Artikels ist jedoch außergewöhnlich merkwürdig angefaßt: des Telegramms, das Losowsky uns zukommen ließ. Wir zitieren deshalb den Schluß in extenso. Er lautet:

„Die Arbeiterklasse der ganzen Welt muß sich zwischen den revolutionären Gewerkschaften und den Gewerkschaften, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, entscheiden. Wie oft haben diese Herren von der Amsterdamer Internationale nach „Einheit“ gerufen! Wieviel Krokodilstränen haben sie darüber vergossen! Sie wollten unter dieser Losung der „Einheit“ den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse; sie sind bereit, die ganze Organisation der Arbeiter aufs Spiel

zu setzen, wenn sie sich weigert, sich von der Bourgeoisie am Gängelband führen zu lassen. In den Schandpfeil mit den Menschen, die das französische Proletariat an Händen und Füßen gebunden, der Bourgeoisie auszuliefern! An den Schandpfeil mit den Vorkämpfern der Klassenharmonie! An den Schandpfeil mit den Agenten des Kapitals in der Arbeiterklasse! Es lebe die proletarische Einheitsfront!“

Das ist nach Moskauer Auffassung die geeignete Vorbereitung zur Einheitsfront. Was muß man vom Charakter dieser Menschen denken, die uns am 8. Dezember auffordern, gemeinsam zu beraten, und die am 10. Dezember öffentlich erklären, daß wir Verräter an der Sache der Arbeiter seien? Was muß man von Menschen halten, die mitteilen, daß sie gerne mit einem andern sprechen würden, und die am gleichen Tag den andern den gemeinsamen Verräter schimpfen?! Dieser Herr Losowsky, der uns an den Schandpfeil zu bringen wünscht — uns, die wir nach seiner Ansicht die Vorkämpfer der Klassenharmonie und die Agenten des Kapitals sind, lehnt es nicht ab, mit uns ruhig über die Einheitsfront zu beraten. Muß man hieraus nicht den Schluß ziehen, daß diese Herren es mit dem Verrat an der Arbeiterklasse nicht so genau nehmen?

Man darf doch nicht vergessen, daß, während uns diese Herren vorwerfen, wir nähmen die Interessen der Bourgeoisie-Regierungen wahr und verteidigen die Interessen-Harmonie, ihre Gesandten gleichzeitig regelmäßig mit den Vertretern der Bourgeoisie-Regierungen und der Großkapitalisten am Unterhandlungstisch sitzen, um Geschäfte zu machen. Zur gleichen Zeit, wo sie uns beschuldigen, daß wir mit der Bourgeoisie unter einer Decke stehen, tun sie das, dessen sie uns zu Unrecht beschuldigen.

Wir machten in unserer Antwort vom 21. Dezember 1921 an Losowsky, vor deren Abendung wir alle vorgenannten Tatsachen in Betracht zogen, zur Bedingung, daß man mit dem Ausschub des Kongresses der französischen Minderheit beginnen müßte. Die von uns gemachte Bedingung wurde jedoch nicht erfüllt, deshalb bestand durchaus kein Grund, die Verhandlungen fortzusetzen. Es wurde deshalb am 30. Dezember ein Telegramm des Inhalts abgefaßt, daß nach der vollzogenen Spaltung in Frankreich die vom Internationalen Gewerkschaftsbund gestellte Bedingung nicht erfüllt worden sei. Nachdem Losowsky und seine Freunde die Einheit gebrochen hätten, bestche kein Grund mehr zur Abhaltung einer Konferenz.“

Diese Probe orientiert alle Gutgläubigen über die praktische Vermittlung dieser Einheitsfront. Die roten Gewerkschaftsstrategen waren bis jetzt nicht besonders erfolgreich in der Bewältigung ihrer Arbeit. Die Amsterdamer Internationale mit 24 Millionen Menschen steht noch immer geschlossen und stark zu dem gleichen Programm, das 1919 in Amsterdam und 1920 in London festgelegt wurde. Diese Truppen bleiben stets kampfbereit und stark im Ansturm gegen die Reaktion; auch im Kampf gegen die Reaktion, die sich von Rußland aus über ganz Europa verbreitet.

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die russische Revolution, der das ganze Proletariat in Europa von Herzen zugejubelt hat, von den Moskauer Tyrannen auf falsche Bahnen gelenkt wird und deshalb vollständig fehlschlagen droht. Die Amsterdamer Internationale hat die Einheitsfront von Anfang an gebildet und befestigt, und hofft, sie aufrecht zu erhalten, zum Ansturm gegen die Bourgeoisie und zur Verteidigung gegen die Spaltungsversuche, die von den russischen Bolschewisten unternommen werden.

Reichskonferenz der Elektrizitätsindustrie

Der Zentralverband der Maschinen- und Heizer hatte auf den 15. Januar eine Reichskonferenz der kraftverzeugenden und kraftverteilenden Industrie nach Kassel einberufen, zu der 136 Vertreter, darunter 128 Betriebsräte der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke aus allen Gegenden Deutschlands erschienen waren. Ueber den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sprach Dr. Striemer, Redakteur der Betriebsrätezeitung des V. D. G. B., wobei er namentlich auf die Aufgaben der Betriebsräte hinwies. Geheimrat Zengmann vom Reichsfinanzministerium referierte über „Die deutsche Elektrizitätswirtschaft“, für deren organischen Neuaufbau, unter Ausschaltung der unproduktiven kleinen Zwischenglieder, er sich aussprach.

Bei der Behandlung der Frage der Sozialisierung hob der Referent die nach seiner Auffassung bestehenden Schwierigkeiten, die der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft im Wege stehen, sehr stark hervor, mußte sich aber in der einleitenden Diskussion sagen lassen, daß die Betriebsräte keineswegs gewillt seien, diese Forderung im Sande verlaufen zu lassen.

In seinem Referat über die Organisationsgestaltung in der kraftverzeugenden Industrie wies Verbandsvorsitzender Klebe auf die Widerstände hin, auf die der Verband der Heizer und Maschinenisten bei seinem Verlangen nach einer organisatorischen Selbstständigkeit in der Betriebsrätegruppierung des V. D. G. B. gestoßen sei. Er forderte die baldige Schaffung einer 16. Industriegruppe für die kraftverzeugende und kraftverteilende Industrie.

Die Debatte, die sich an dieses Referat angeschlossen, war eine sehr rege. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter der kraftverzeugenden Industrie vielfach als Vorposten für alle möglichen Gruppen, Richtungen und Interessen benutzt werden, ein Zustand, der unhaltbar sei.

Beendete Lohnbewegung in der Wein- und Löffelbranche

Die in den Weingroßhandlungen sowie Löffelbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kutcher und Kraftwagenführer waren am 18. d. M. überaus zahlreich versammelt, um den weiteren Bericht über die Lohnverhandlungen, die sich vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin abgepielt haben, entgegenzunehmen.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband berichtete P. Diebenow. Derselbe wies darauf hin, daß die Arbeitgeber neue Vorschläge unterbreitet hätten. Nach längerem Auseinandersetzen und nachdem vom Schlichtungsausschuß zwei verschiedene Einigungs-vorschläge unterbreitet wurden, wurde folgender Vergleich getätigt:

1. Männliche Arbeiter erhalten zu den bestehenden Löhnen mit Wirkung vom 1. Januar 1922 20 M. pro Woche.
2. Arbeiterinnen 18 M. pro Woche.
3. Jugendliche 15 M. pro Woche.

Nach eingehender Diskussion wurde der Vergleich von der Versammlung mit übergroßer Majorität angenommen.

Gedruckte Exemplare der neuen Lohnvereinbarung sind im Verbandsbureau, Engelstr. 24-25, Zimmer 33, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Berliner Gewerkschaftskommission. Am Montag, den 23. Januar 1922, abends 7 Uhr, findet in den Andreas-Testkafen, Andreasstraße 21, eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend statt. Tagesordnung: Wie stellen sich die Gewerkschaften zu der beschlossenen Zerstückelung der Arbeitsnachweise? Referent: Otto Ziska. Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission.

Betriebsräte der reinen Buchbindererei. Am Sonnabend, den 21. Januar, nachm. 2 Uhr, findet bei Schirm, Charlottenstr. 8, eine wichtige Sitzung statt, zu der die obigen Betriebsräte unbedingt vollständig erscheinen müssen. — Die Branchenleitung der Buchbinderbranche.

Arbeiterport

Arbeiter-Archivier-Bund „Solidarität“, Berlin. Touren für Sonntag, 21. d. M. Abteilungen nach Wittmann (Berlitz). Start 1 Uhr an den bekannten Stellen; bei schlechtem Wetter per Bahn. Wittmann, 23. Januar, Zentralabendsammlung, Kungestr. 7, abends 7 Uhr.

Arbeiter-Turnverein „Eintracht“, Berlin. Mittwoch, 25. Januar, Sitzung aller Bezirks- und Rinderturnvereine (Veranstaltungen 1922, Sportarten der Kinder). — Bezirk Schöneberg, Gesamte Generalversammlung der Kolonnen. — Bezirk Köpenick, Gesamte Generalversammlung der Kolonnen, Gieselerstr. 10.

Mitglied-Partei-Club (N. S.) (Schichtlose) Erid Heinas, Kurfürst. 9. Ballabteilung in der Königliche Sonntag vormittags. Ablauf 10 Uhr in drei Abteilungen: Kegel, Katz- und Streckenläufer. Treff und Umkleekabine: Kegel, Baumgartenweg, Baumgartenstr. 65. — Ballabteilung jeden Mittwoch von 7/8 bis 11/12 Uhr in der Turnhalle der Gemeindehalle Wangelstraße 158.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 20. Januar

Spanden. Abends 8 Uhr in der Raubmittlelschule Rufus des Genossen Eggert über Sozialismus. Neue Teilnehmer können sich noch melden.

Sonnabend, 21. Januar

9. Vermählungsfeier (Wittenberg, Schöneberg, Gieselerstr.). Die Verlobten können ab 8 Uhr bis Einbruch der Nacht die Mitwirkenden abholen am 21. 1. von Kuffe, Sonnenburger Str. 2 abholen.

10. Januar 18. Vermählungsfeier (Wittenberg). Abends 7 Uhr findet im Gieselerstr. eine sehr wichtige Sitzung aller Funktionäre mit Parteilern statt. Tagesordnung: Festlegung sämtlicher Arbeitsnachweise, Kommunistenmitglieder.

11. Mittwoch. Die Genossen, deren Kinder die Schule Französer Allee besuchen, werden ersucht, bei Heigt, Scharfstr. 21, pünktlich um 8 Uhr, zu erscheinen. — In der am Montag stattfindenden Generalversammlung werden die Delegierten ersucht, einzulassen.

Sonntag, 22. Januar

12. Mittwoch (Gieselerstr.). Der Interzessionsabend des 24. Bezirks findet am 7 Uhr im Lokal von F. Müller, Werth. 12, Gieselerstr. 12, statt. Die Genossen, Freiheit lesend und Freunde der U. S. V. D. sind herzlich eingeladen.

13. Mittwoch. 1. Abteilung. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, 10 Uhr, 1/10 Uhr im Restaurant Kautsky, Engelbergstr. 20, zu einer einmaligen Hausbesuchsbesprechung zusammen der Konsum-Genossenschaft einzulassen, resp. die Hausbesuche abzuhalten zu lassen.

Konsum-Club. Kommunale Kommission. Festlegung der Gewerke. Treff 11/12 Uhr vorm., Leipziger, Ecke Rastler-Gieseler-Strasse.

Kaufverlangt eingehende Manuskripte werden mit demnächstigen, wenn ein genügend fruchtbarer Briefumschlag beigelegt ist. Das gleiche gilt für Postkarten aus dem Bezirksteil.

Verantwortlich für Text und Beilagen: Leo Dieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunistenpolitik, Befehle und Gewerkschaftliches: R. Senzel, Berlin; für den Interzessions- und gesellschaftlichen Abteilungen: Ludwig Komert, Berlin. — Verlagsverwalter: „Freiheit“, G. M. H. Berlin. — Druck des Berliner Druckerei G. M. H. Berlin G. 2, Breite Straße 8-9.

Kleine Anzeigen Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Das Leberdruckwort 2.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.25 Mk. netto.
Das Leberdruckwort 2. — Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk.

Verkäufe
Betrüßliche allezeitige
Nicht wiederkehrende
Gelegenheit! Nur 6 Tage
Verkauf der Verhältnisse
von Inventur-Bürover-
kauf. Preise bis 25%
herabgesetzt. Verkauft
besteht von 72. —, Vaken
48. —, Tantele 130. —,
Mischelbrot, Handtücher,
Samolte, Dittol, Korger,
Dughäuser zu Fabrik-
preisen. Beste Gelegenheit
zu billigen Käufen. Große
Auswahl an Herren- und
Frauenkleidung, Schuhe,
Hüte, etc. etc. etc. etc.
Besteht bis 7.

Möbel
Eppische, wenig ge-
braucht, verkauft billig
Güter, Anhalter Str. 20.

Arbeitsmarkt
Werkzeug-Gewerkschaft
verlangt Kurier 23.
Ansprüche, Anträge,
Anfragen, nur ganz ge-
richtig, verlangen sofort
Schreiben. Vorarbeit,
Vergütung 20-25.
Händler gesucht für
den Vertrieb sämtlicher
Zuschüsse, Buchhandlung
„Freiheit“, Berlin-
Stroße 8-9.

Wertzeuge u. Maschinen
Spiralbohrer, Schmitz-
gelenke, Keiles, Nadel,
Misch-Schrauben, Wolf-
mannstr. 22.

Kaufgesuche
Elberfelder, Berlin-
Stroße 20 a gegenüber
Mantel-Fabrik, kauft
Kaufgesuche, Platinab-
gabe, Schmuckstücke,
Cura Silber, Gläser, etc.
Sämtliche Waren.
Metallwaren, etc.
Sämtliche Waren, etc.
Sämtliche Waren, etc.
Sämtliche Waren, etc.

Verkauf
Jeder Werkzeu-
ge, was der Arbeit von
Hilfsmitteln, die Ge-
schäftigung und die Ma-
schinenteile der Ma-
schinen, Preis 3 Mk. (Vort-
preis). Sie beziehen durch
die Buchhandlung „Frei-
heit“, Berlin G. 2, Breite
Straße 8-9.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114

Bockbier-Fest
in den bayr. Alpen
6 Kapellen 30 bayr. Maß
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag
Großer Ball
Einlad. 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Vorverkauf
Morgen, Sonnabend, den 21. Januar
Großer Alpen-Ball

Geschichte der USPD.
Von Eugen Prager
In dauerhaftem Halbleinband
50. — Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Metallbettstellen
Matratzen „Vulpius“
Kattennetz m. Unterf. v. 195 an
dreifaltig m. Kell. Stoff v. 250 an
Katzschalr. 25
Kor. 214.
Der weiteste Weg lohnend, Fahrgeid wird in Anrechnung gebracht

KARL KAUTSKY
Irland
32 Seiten . . . Preis 6. — M.
Das dem Inhalte keine mit
hervor: 1. Irlands frühere
Geschichte, 2. Der Kampf im
19. Jahrhundert, 3. Der Auf-
stand im 19. Jahrhundert
a) Irland im 19. Jahrhundert
b) Die neuen irischen
Bürgerkrieg, c) Die Ver-
fassung, d) Die Wirkung der
irischen Lösung auf Irland
e) Die Wirkung der irischen
Lösung auf das irische
Irland
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Möbel
kaufen Sie nirgends so
billig und gut
wie bei
Neugebauer
Christenbourg, V. 11
Str. 128, E. Schillerstr. 11 Laden

Großer Inventur-Verkauf
im Herrenkleiden
Weiterrechte Ware zu außerst billigen
Preisen von 25. — M. an.
Valours von 139. — M. an.
Ermäßigte moderne Formen am Lager.
Jahre 12 mehr reduziert.
Geb. Wachtel, Hutfabrik
Gieselerstr. 49, Ecke Sonnenburger Str.

Preiswert und gut
kauft man
Damen- und Herren-Stotte im
Tuchhaus M. E. Freitag — BERLIN C —
Mollatmarkt 14/15
Große Auswahl in Winteranzügen bei un-
zweifelhaftem Qualitäts.